

# Abfallwirtschaft gegen Erweiterung des Brennstoffemissionshandels auf Abfälle

Konsortium legt im Auftrag von Bundesministerien Gutachten vor

 **EUWID +** 19.04.2022 [Dorothee Palla](#) |  ca. 6 Min | [Erschienen in Ausgabe 16/2022](#)



Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) beabsichtigt, insbesondere Siedlungsabfälle ab dem 1. Januar 2023 als Brennstoff im Sinne des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) einzustufen. Damit wird die thermische Behandlung von Siedlungsabfällen dem nationalen Emissionshandelssystem (nEHS) unterworfen. In der Branche stößt dieses Bestreben auf Kritik, es werden unter anderem Gebührenerhöhungen und verstärkte

Abfallexporte befürchtet. Ein aktuelles im Auftrag von BMWK und Bundesumweltministerium (BMUV) durchgeführtes Gutachten bestätigt diese Bedenken, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von BDE, DGAW, ITAD und VKU...

Weiterlesen mit  
**EUWID +**

Sie können diesen Artikel nur mit einem gültigen Abonnement und erfolgter Anmeldung nutzen. Registrierte Abonnenten können nach Eingabe Ihres Benutzernamens und Passworts auf alle Artikel zugreifen.